

Dr. Schäfer GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Schäfer GmbH – WPG/StBG -, Hugo-Eckener-Str. 7, 63303 Dreieich

Hugo-Eckener-Str. 7
63303 Dreieich

Mandanten- und Interessenten-
Rundschreiben
für Monat Mai 2006

Telefon: 06103/20566-0
Telefax: 06103/20566-39

eMail: info@dsg-wp-stb.de
Internet: www.dsg-wp-stb.de

Dreieich, den 26.04.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Mandantinnen und Mandanten,

nachfolgend möchten wir Sie über die in den vergangenen Monaten eingetretenen und für die Zukunft geplanten Änderungen im Steuerrecht vertraut machen. Weitergehendere Informationen entnehmen Sie bitte unserer Homepage unter www.dsg-wp-stb.de.

Lesen Sie Informationen zu folgenden Themen:

Termine Mai 2006

Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Eigenheimzulage: Gestaltungsmissbrauch durch Rückschenkung

Arbeitsverhältnis kann nur schriftlich aufgelöst werden

Den Chef nicht grüßen - ein Kündigungsgrund?

Abgrenzung von Werbungskosten zu Kosten der privaten Vermögenssphäre

Abgrenzung zwischen Unterhaltsrente, Versorgungsrente und Veräußerungsrente

Abzugsfähigkeit von Reisekosten aus teilweise privatem Anlass

Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung bei 50 %-iger Beteiligung an einer GmbH

Arbeitszimmer im Dachgeschoss eines Mehrfamilienhauses

Auflösung stiller Reserven bei der Betriebs-Kapitalgesellschaft durch Kapitalerhöhung bei

Übernahme der Stammeinlage durch einen fremden Dritten

Ausgleichszahlungen an den auf Versorgungsausgleich verzichtenden Ehegatten als

Werbungskosten

Bewertungswahlrecht bei formwechselnder Umwandlung

Bildung einer Rücklage bei Veräußerung von Sonderbetriebsvermögen

Bildung von Rückstellungen: Wahrscheinlichkeit des Bestehens von ungewissen

Verbindlichkeiten

Buchwertkorrektur von Anschaffungs- und Herstellungskosten bei Einnahmeüberschussrechner

Fahrtenbuch muss zeitnah, fortlaufend und vollständig geführt werden

Computerdatei als Fahrtenbuch: Nachträgliche Veränderungen müssen ausgeschlossen oder dokumentiert sein

Gewerblicher Grundstückshandel: Nachhaltigkeit auch bei Unterschreiten der "Drei-Objekt-Grenze"

Grundstücksveräußerung im Zusammenhang mit einer Betriebsaufgabe und späterer Kaufpreisminderung

Häusliches Arbeitszimmer: Begrenzter Abzug auch bei Wechsel des Arbeitszimmers innerhalb eines Veranlagungszeitraums

Kein generelles Abzugsverbot für Steuerberatungskosten

Keine Steuerpflicht von Zinsen aus ausländischen Lebensversicherungen

Lohnsteuerpauschalierung für Aushilfskräfte in der Land- und Forstwirtschaft

Rückstellung wegen Altersteilzeit nach dem Blockmodell: Bildung der Rückstellung

Rückstellung wegen Altersteilzeit nach dem Blockmodell: Bewertung der Rückstellung

Schuldzinsenabzug: Ermittlung der Über- bzw. Unterentnahmen bei einer Personengesellschaft

Steuerfreiheit für "technische Fachkräfte" der ausländischen NATO-Truppen

Steuerliche Behandlung des Arbeitslosengelds II

Verpflegungsmehraufwand bei vorübergehendem Einsatz an Bord eines Schiffs

Einheitliches Vertragswerk bei Erwerb eines noch zu bebauenden Grundstücks

Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit des Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH sind in der Regel eine verdeckte Gewinnausschüttung

Aufteilung von Sachzuwendungen an Arbeitnehmer anlässlich einer Betriebsveranstaltung mit auch eigenbetrieblichem Charakter

Betriebsveranstaltung: Zuschuss des Arbeitgebers in Gemeinschaftskasse der Arbeitnehmer

Zuwendung von mehr als zwei Betriebsveranstaltungen im Kalenderjahr

Mieterhöhungsverlangen wegen neuer Fenster

Vermieter verliert bei nicht fristgerecht abgerechneten Betriebskosten Anspruch auf Nachzahlung

Selbstständige GmbH-Geschäftsführer doch nicht rentenversicherungspflichtig

Ort der Lieferung bei Umsätzen einer auf einem Kreuzfahrtschiff betriebenen Boutique

Umsatzsteuer bei Verkauf von "Duty-Free"-Waren im Transitbereich

Umsatzsteuerfreiheit von Glücksspielen auch bei Strohleuten

Mehrmalige Beschlussfassung einer Eigentumsgemeinschaft in einer Angelegenheit nur bedingt zulässig

Haustürgeschäft: Widerrufsrecht bei objektiv bestehender Haustürsituation

Haustürgeschäft: Widerrufsrecht eines Sicherungsgebers

Kein "Reißverschlussverfahren" beim Einfädeln auf die Autobahn

Mit freundlichen Grüßen

Schäfer

(Dr. Schäfer)

Wirtschaftsprüfer

Steuerberater

Termine Mai 2006

Bitte beachten Sie die folgenden Termine, zu denen die Steuern fällig werden:

Steuerart	Fälligkeit	Ende der Schonfrist bei Zahlung durch	
		Überweisung ¹	Scheck
Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag²	10.5.2006	15.5.2006	10.5.2006
Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag	Ab dem 1.1.2005 ist die Kapitalertragsteuer sowie der darauf entfallende Solidaritätszuschlag zeitgleich mit einer erfolgten Gewinnausschüttung an den Anteilseigner an das zuständige Finanzamt abzuführen.		
Umsatzsteuer³	10.5.2006	15.5.2006	10.5.2006
Gewerbsteuer	15.5.2006	18.5.2006	15.5.2006
Grundsteuer	15.5.2006	18.5.2006	15.5.2006

¹ Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen müssen grundsätzlich bis zum 10. des dem Anmeldezeitraum folgenden Monats (auf elektronischem Weg) abgegeben werden. Fällt der 10. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der nächste Werktag der Stichtag. Bei einer Säumnis der Zahlung bis zu drei Tagen werden keine Säumniszuschläge erhoben. Eine Überweisung muss so frühzeitig erfolgen, dass die Wertstellung auf dem Konto des Finanzamts am Tag der Fälligkeit erfolgt.

² Für den abgelaufenen Monat.

³ Für den abgelaufenen Monat; bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat, bei Vierteljahreszahlern mit Fristverlängerung für das abgelaufene Kalendervierteljahr.

Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Der Gläubiger kann nach dem Eintritt der Fälligkeit seines Anspruchs den Schuldner durch eine Mahnung in Verzug setzen. Der Mahnung gleichgestellt sind die Klageerhebung sowie der Mahnbescheid.

Einer Mahnung bedarf es nicht, wenn

- für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist,
- die Leistung an ein vorausgehendes Ereignis anknüpft,
- der Schuldner die Leistung verweigert,
- besondere Gründe den sofortigen Eintritt des Verzugs rechtfertigen.

Bei Entgeltforderungen tritt Verzug spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung ein; dies gilt gegenüber einem Schuldner, der Verbraucher ist, allerdings nur, wenn hierauf in der Rechnung besonders hingewiesen wurde.

Im Streitfall muss allerdings der Gläubiger den Zugang der Rechnung (nötigenfalls auch den darauf enthaltenen Verbraucherhinweis) bzw. den Zugang der Mahnung beweisen.

Während des Verzugs ist eine Geldschuld zu verzinsen. Der Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte bzw. für Rechtsgeschäfte, an denen Verbraucher nicht beteiligt sind, acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

Der Basiszinssatz verändert sich zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres um die Prozentpunkte, um welche die Bezugsgröße seit der letzten Veränderung des Basiszinssatzes gestiegen oder gefallen ist. Bezugsgröße ist der Zinssatz für die jüngste Hauptrefinanzierungsoperation der Europäischen Zentralbank vor dem ersten Kalendertag des betreffenden Halbjahres.

Aktuelle Basis- bzw. Verzugszinssätze ab 1.1.2004:

Zeitraum	Basiszinssatz	Verzugszinssatz	Verzugszinssatz für Rechtsgeschäfte ohne Verbraucherbeteiligung
1.1. bis 30.6.2004	1,14 %	6,14 %	9,14 %
1.7. bis 31.12.2004	1,13 %	6,13 %	9,13 %
1.1. bis 30.6.2005	1,21 %	6,21 %	9,21 %
1.7. bis 31.12.2005	1,17 %	6,17 %	9,17 %
1.1. bis 30.6.2006	1,37 %	6,37 %	9,37 %

Eigenheimzulage: Gestaltungsmissbrauch durch Rückschenkung

Wird bei Abschluss eines Grundstückkaufvertrags zwischen Angehörigen gleichzeitig die Schenkung des Kaufpreises vereinbart, kann eine missbräuchliche Gestaltung zur Erlangung der Eigenheimzulage vorliegen.

Ein Sohn hatte von seinen Eltern ein eigengenutztes Objekt zu einem Kaufpreis von 100.000 DM erworben. Zur Finanzierung nahm dieser ein Bankdarlehen auf. Die Eltern legten den gezahlten Kaufpreis auf einem Festgeldkonto an. Im darauf folgenden Jahr schenkten sie dieses Guthaben ihrem Sohn, der damit das Darlehen ablöste. Der Bundesfinanzhof wertete dies als missbräuchliche Gestaltung (so genannter Gesamtplan), weil der Sohn im Ergebnis das Haus ohne wirtschaftliche Belastung erworben hatte.

Arbeitsverhältnis kann nur schriftlich aufgelöst werden

Seit dem 1.5.2000 bedarf die Aufhebung eines Arbeitsverhältnisses durch Kündigung oder Aufhebungsvertrag der Schriftform. Alle nach diesem Zeitpunkt nur mündlich ausgesprochenen Kündigungen sind unwirksam. Dies gilt sowohl für Kündigungen durch einen Arbeitgeber als auch für solche durch einen Arbeitnehmer.

Die Nichtbeachtung der Schriftform wurde jüngst einem Arbeitgeber zum Verhängnis. Er war davon ausgegangen, das Arbeitsverhältnis zu seiner Sekretärin sei beendet, weil diese - bedingt durch eine mehrjährige Abwesenheit infolge der Geburt zweier Kinder - nicht zur Arbeit erschienen war.

Zwischen den Parteien war streitig, ob sich die Arbeitnehmerin im Erziehungsurlaub bzw. in einer Elternzeit befand oder ob sie aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden war. Nach der Geburt des zweiten Kinds bot sie dem Arbeitgeber ihre Arbeitsleistung an. Da keine formwirksame Kündigung nachgewiesen werden konnte, ging das Gericht vom Fortbestand des Arbeitsverhältnisses aus.

Den Chef nicht grüßen - ein Kündigungsgrund?

Ein Arbeitnehmer darf nicht schon deshalb entlassen werden, weil er seinen Vorgesetzten bei verschiedenen Gelegenheiten nicht begrüßt hat. Dies hat das Landesarbeitsgericht Köln im Fall eines Außendienstmitarbeiters entschieden, dem nach mehr als zehnjähriger Beschäftigungszeit wegen krankheitsbedingter Fehlzeiten gekündigt werden sollte und der daraufhin den Geschäftsführer des Betriebs in Anwesenheit weiterer Personen bei privaten Treffen nicht begrüßt hatte.

Das Landesarbeitsgericht war der Auffassung, dass die mehrfache Verweigerung des Grußes keine grobe Beleidigung des Geschäftsführers beinhaltete, die zum Ausspruch einer Kündigung berechtige.

Ob die dauerhafte Weigerung, den Vorgesetzten zu grüßen, nach einer Abmahnung einen Kündigungsgrund darstellen kann, brauchte das Gericht nicht zu entscheiden.

Abgrenzung von Werbungskosten zu Kosten der privaten Vermögenssphäre

Ob Aufwendungen mit der Erzielung von Einkünften zusammenhängen oder der privaten Vermögenssphäre zuzuordnen sind, richtet sich nach dem Verwendungszweck zum Zeitpunkt der Ausgabe. Die Abzugsfähigkeit der Aufwendungen hängt folglich davon ab, dass sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Erzielung von Einkünften stehen.

In diesem Zusammenhang hat der Bundesfinanzhof Aufwendungen des bei einer GmbH angestellten Geschäftsführers nicht zum Werbungskostenabzug zugelassen, da die alleinige Gesellschafterin dessen Ehefrau war. Folglich waren die Aufwendungen nicht durch die Arbeitnehmerstellung, sondern durch die private Vermögenssphäre veranlasst.

Diese Beurteilung gilt selbst dann, wenn der Geschäftsführer als wirtschaftlicher Eigentümer der GmbH angesehen werden kann.

Abgrenzung zwischen Unterhaltsrente, Versorgungsrente und Veräußerungsrente

Bei wiederkehrenden Bezügen, die im Zusammenhang mit einer Vermögensübertragung stehen, können entweder Unterhaltsrenten, Versorgungsrenten oder Veräußerungsrenten vorliegen.

Handelt es sich um reine Unterhaltsrenten, sind sie weder beim Rentenverpflichteten abzugsfähig noch beim Rentenberechtigten zu versteuern.

Versorgungsrenten kann der Leistende als Sonderausgaben geltend machen. Beim Berechtigten liegen steuerpflichtige wiederkehrende Bezüge vor, und zwar entweder Renten oder dauernde Lasten.

Wiederkehrende Leistungen im Austausch mit einer Gegenleistung (Veräußerungsrente) enthalten eine steuerbare oder nicht steuerbare Vermögensumschichtung und in der Regel einen steuerpflichtigen Zinsanteil.

Einen recht komplizierten Fall hatte das Finanzgericht Düsseldorf zu entscheiden. Ein Kaufmann (A) übertrug seinem Arbeitnehmer (Kaufmann B) sein Einzelhandelsgeschäft und ein Hausgrundstück. Dieser führte das Geschäft fort. Als Gegenleistung waren im Übertragungsvertrag festgelegte Renten an drei Personen zu zahlen. Diese drei Personen waren gegenüber Kaufmann A nicht unterhaltsberechtig. Wegen Unausgewogenheit der übertragenen Vermögenswerte (Geschäft und Grundstück) zu den übernommenen Verpflichtungen (Renten und Wohnrecht) ging man nach einer Betriebsprüfung einvernehmlich von einer Schenkung unter Auflage aus. Im Zusammenhang mit dem Grundstücksverkauf im Jahr 2000 löste Kaufmann B die noch bestehende Rentenverpflichtung durch eine Einmalzahlung ab. Da das Grundstück zu 44 % eigenbetrieblichen Zwecken gedient hatte, setzte er 44 % der Abfindungszahlung bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns gewinnmindernd an. Für die Rentenzahlungen begehrte der Kaufmann den Abzug als Sonderausgaben.

Das Finanzgericht Düsseldorf entschied zu seinen Ungunsten:

- Die Ablösung der Rentenverpflichtung ist nicht bei der Berechnung des Veräußerungsgewinns des betrieblichen Grundstücksteils zu berücksichtigen.
- Eine betriebliche Veräußerungsrente liegt nicht vor, da die übernommenen Rentenverpflichtungen nicht nach kaufmännischen Gesichtspunkten wertmäßig im Vergleich zu den übertragenen Vermögenswerten ausgewogen waren.
- Die Rentenzahlungen sind als Unterhaltsrenten anzusehen und folglich steuerlich unbeachtlich.

Abzugsfähigkeit von Reisekosten aus teilweise privatem Anlass

Wird eine Reise aus rein beruflichen oder betrieblichen Gründen angetreten, sind die dabei entstehenden Reisekosten in vollem Umfang als Werbungskosten oder Betriebsausgaben abzugsfähig. Das gilt auch dann, wenn trotz des ausschließlich beruflichen oder betrieblichen Reiseanlasses auch private Unternehmungen stattfinden.

Entscheidend für den berufs- oder betriebsbezogenen Anlass ist, ob die Reisetage wie „normale“ Arbeitstage mit betrieblichen Tätigkeiten ausgefüllt sind. Private Reisegründe müssen von deutlich untergeordneter Bedeutung sein.

Die vorstehenden Grundsätze sind nicht auf solche Reisen anwendbar, bei denen sich an eine beruflich oder betrieblich veranlasste Reise ein Urlaub anschließt. In diesem Fall sind die An- und Rückreisekosten insgesamt dem privaten Bereich zuzuordnen und nicht abzugsfähig.

Vorstehende Grundsätze ergeben sich aus einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs.

Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung bei 50 %-iger Beteiligung an einer GmbH

Gesellschafter einer GmbH, die zu mindestens 50 % am Stammkapital beteiligt und zugleich Geschäftsführer sind, gelten als Selbstständige im Sinne des Steuerrechts. Demnach sind Arbeitgeberanteile zum Gesamtsozialversicherungsbeitrag nicht einkommensteuerfrei.

Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs gilt dies nicht für GmbH-Gesellschafter, die nur als weisungsgebundene Angestellte, aber nicht als Geschäftsführer tätig sind. Im Einzelfall richtet sich die Sozialversicherungspflicht nach dem Sozialgesetzbuch.

Das Bundessozialgericht hat gerade entschieden, dass Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH rentenversicherungspflichtig sein können. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen dieses Urteil auch auf die Besteuerung hat.

Arbeitszimmer im Dachgeschoss eines Mehrfamilienhauses

Ein Professor mit Nebeneinkünften aus schriftstellerischer Tätigkeit und seine Ehefrau (Oberärztin) besaßen ein Mehrfamilienhaus, dessen Obergeschoss fremdvermietet war. Im Dachgeschoss befanden sich ein Einzelraum und eine Mansardenwohnung, die beide als Arbeitszimmer genutzt wurden. Das Finanzamt und das Finanzgericht behandelten die Arbeitszimmer als häuslich und begrenzten den Kostenabzug.

Der Bundesfinanzhof sah die Arbeitszimmer im Dachgeschoss nicht als häuslich an. Die Aufwendungen für die Arbeitszimmer fallen nicht unter die Abzugsbegrenzung für häusliche Arbeitszimmer. Das Gericht erkannte keinen inneren Zusammenhang zwischen der Wohnung im Erdgeschoss und den Arbeitszimmern im Dachgeschoss.

Das Gericht führte in der Begründung einige Fälle der häuslichen Verbindung von Arbeitszimmern mit der privaten Lebenssphäre auf, die dadurch zu häuslichen Arbeitszimmern werden:

- Arbeitszimmer in Zubehörräumen zur Wohnung wie Abstell-, Keller- oder Speicherräume.
- Arbeitszimmer innerhalb selbst bewohnter Einfamilienhäuser.
- Arbeitszimmer in einem Anbau zu einem Einfamilienhaus.
- Arbeitszimmer in einem zur Wohnung gehörenden Hobbyraum im Keller.
- Arbeitszimmer, die auf derselben Etage der Wohnung direkt gegenüber liegen.

Die Besonderheit bei den Arbeitszimmern im Dachgeschoss lag darin, dass die Räume nur über ein gemeinsames Treppenhaus erreicht werden konnten, das auch von den fremden Mietern benutzt wurde.

Auflösung stiller Reserven bei der Betriebs-Kapitalgesellschaft durch Kapitalerhöhung bei Übernahme der Stammeinlage durch einen fremden Dritten

Im Rahmen einer Betriebsaufspaltung, bestehend aus einer Betriebs-GmbH und einem Besitz-Einzelunternehmen, wurde das Kapital der Betriebs-GmbH erhöht. Die neue Stammeinlage wurde von einem Dritten zum Nennwert übernommen.

Der tatsächliche Wert der GmbH-Anteile lag über deren Nennwert. Das zuständige Finanzamt versteuerte bei dem Besitzunternehmer die Differenz zwischen dem Nennbetrag der neuen Stammeinlage und ihrem höheren tatsächlichen Wert als Entnahmegewinn.

Der Bundesfinanzhof bestätigte die Vorgehensweise des Finanzamts. Im Rahmen einer Betriebsaufspaltung gehören die Anteile an der Betriebs-GmbH zum Betriebsvermögen des Besitzunternehmens. Die in den Geschäftsanteilen der GmbH ruhenden stillen Reserven sind mit der Übernahme durch den neuen Dritten anteilig von den alten

Stammeinlagen der bisherigen Gesellschafter abgespalten worden. Sie sind auf den neuen Gesellschafter übergegangen. In dieser Übertragung von stillen Reserven liegt zugleich eine Entnahme des Besitzunternehmers aus dem Betriebsvermögen seines Besitzesunternehmen.

Ausgleichszahlungen an den auf Versorgungsausgleich verzichtenden Ehegatten als Werbungskosten

Zwischen geschiedenen Eheleuten findet ein so genannter Versorgungsausgleich statt, wenn für beide Ehegatten oder auch nur für einen während der Ehezeit Anwartschaften auf Versorgung (Renten, Pensionen) begründet worden sind. Beim späteren Bezug der Rente hat der anspruchsberechtigte Ehegatte dem anderen einen Teil davon als Versorgungsausgleich zu zahlen.

Durch Vereinbarung, die von einem Notar beurkundet und die vom Familiengericht genehmigt werden muss, kann der Versorgungsausgleich auch anders geregelt werden. So können Ehegatten z. B. völlig auf den Versorgungsausgleich verzichten.

In einem solchen Fall hatte ein Ehegatte eine Ausgleichszahlung an seinen geschiedenen Partner für den Verzicht auf Versorgungsausgleich als Werbungskosten von seinen Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit abgezogen. Während das Finanzamt den Abzug ablehnte, stimmte der Bundesfinanzhof dem Abzug zu, weil der zahlende Ehegatte die Zahlung geleistet hatte, um später in den Genuss der ungekürzten Pension zu kommen.

Werden solche Ausgleichszahlungen über ein Darlehen finanziert, dann sind auch die gezahlten Zinsen als Werbungskosten abzugsfähig.

Bewertungswahlrecht bei formwechselnder Umwandlung

Ein Unternehmen kann durch Formwechsel nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes eine andere Rechtsform erhalten. Bei einer formwechselnden Umwandlung einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft bestand die Finanzverwaltung auf dem Buchwertansatz des übergegangenen Vermögens. Der mit dem Fall befasste Bundesfinanzhof sieht für solche Umwandlungen ein Bewertungswahlrecht. Die Kapitalgesellschaft kann das übernommene Vermögen mit dem Buchwert, aber auch mit einem höheren Wert ansetzen. Die Regelungen des Umwandlungssteuergesetzes sehen auch die Bewertung mit dem Teilwert vor. Der Teilwert bildet dabei die Obergrenze.

Aus handelsrechtlicher Sicht findet bei der formwechselnden Umwandlung kein Rechtsträgerwechsel statt. Abweichend davon sieht das Steuerrecht in diesem Vorgang einen entgeltlichen tauschähnlichen Rechtsträgerwechsel. Auf den Übertragungsstichtag ist deshalb für steuerliche Zwecke eine Übertragungsbilanz zu erstellen.

Bildung einer Rücklage bei Veräußerung von Sonderbetriebsvermögen

Ein Kommanditist war wegen ernsthafter Meinungsverschiedenheiten aus einer Kommanditgesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft hatte weder in ihrer Gesellschaftsbilanz noch in einer Sonderbilanz des Kommanditisten eine Rücklage auf Grund einer Veräußerung von Sonderbetriebsvermögen ausgewiesen. Der Kommanditist ließ deshalb eine Sonderbilanz erstellen, in der eine Rücklage und Rechts- und Beratungskosten berücksichtigt waren. Das Finanzamt und das Finanzgericht wiesen diese Sonderbilanz des Kommanditisten zurück. Der Bundesfinanzhof hob die Entscheidung des Finanzgerichts auf und billigte die Sonderbilanz. Folgende Grundsätze wurden dabei aufgestellt:

- Rücklagen für Gewinne aus der Veräußerung von Sonderbetriebsvermögen sind in einer von der Gesellschaft aufzustellenden Sonderbilanz für den Kommanditisten auszuweisen. Das gilt auch bei ausgeschiedenen Gesellschaftern.
- Das Wahlrecht zur Bildung einer Rücklage ist von dem Kommanditisten persönlich auszuüben. Grundsätzlich gilt die Vermutung, dass die Gesellschaft die eingereichte Bilanz mit dem Gesellschafter abgestimmt hat. Für ausgeschiedene Gesellschafter gilt diese Vermutung nicht.
- Ist eine Abstimmung mit den Gesellschaftern bei der Erstellung der Sonderbilanz nicht erfolgt, liegt keine wirksame Bilanz vor. Das Änderungsverbot für eingereichte Bilanzen wird in diesen Fällen nicht ausgelöst.

Bildung von Rückstellungen: Wahrscheinlichkeit des Bestehens von ungewissen Verbindlichkeiten

Ein Facharzt für Labormedizin stellte eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten in seiner Bilanz ein. Er befürchtete den Rückgriff der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen für von ihm berechnete Versandkostenpauschalen. In einem vergleichbaren Fall hatte das Sozialgericht Mainz nur für Nichtmitglieder einer Laborgemeinschaft die Versandkostenpauschale zugelassen. Das Finanzamt verweigerte die Rückstellungsbildung. Der Bundesfinanzhof sah ebenfalls keine Grundlage für eine Rückstellung. Eine ungewisse Verbindlichkeit besteht dann, wenn eine Verpflichtung bereits wirtschaftlich verursacht und hinsichtlich des Bestehens und der Inanspruchnahme wahrscheinlich ist. In seinem Urteil stellte das Gericht folgende Kriterien auf:

- Für die Wahrscheinlichkeit des Bestehens einer Verbindlichkeit müssen mehr Gründe dafür als dagegen sprechen. Ein Überwiegen der Gründe für eine Wahrscheinlichkeit ist durch ein erstinstanzliches Urteil in einer vergleichbaren Sache noch nicht gegeben.
- Für die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme müssen ebenfalls mehr Gründe dafür als dagegen sprechen. Bei der Beurteilung darf nicht die pessimistischste Alternative (worst case) gewählt werden.
- Wertaufhellende Tatsachen sind nur Umstände, die zum Bilanzstichtag objektiv vorlagen, aber erst bei der Bilanzerstellung bekannt wurden oder erkennbar waren.

Buchwertkorrektur von Anschaffungs- und Herstellungskosten bei Einnahmeüberschussrechner

Die offen ausgewiesene Umsatzsteuer kann der Rechnungsempfänger, sofern er selbst Unternehmer ist, unter weiteren Voraussetzungen als Vorsteuer geltend machen. Ob ein Vorsteuerbetrag abgezogen werden kann, richtet sich ausschließlich nach den Vorschriften des Umsatzsteuergesetzes. Ist der Vorsteuerabzug möglich, gehört der Vorsteuerbetrag nicht zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten eines Wirtschaftsguts. Soweit ein Vorsteuerbetrag umsatzsteuerrechtlich nicht abgezogen werden kann, ist er jedoch den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten des entsprechenden Wirtschaftsguts zuzurechnen.

Diese Grundsätze beachteten Eheleute nicht. Sie errichteten an ihrem Einfamilienhaus einen Anbau, der an den Ehemann (Rechtsanwalt) umsatzsteuerpflichtig vermietet wurde. In der Umsatzsteuererklärung der Ehegattengemeinschaft zogen sie die Vorsteuer richtigerweise ab. Der sich durch den Vorsteuerabzug ergebende Umsatzsteuererstattungsanspruch wurde im Jahr der Erstattung als Einnahmen erklärt.

Bei der Ermittlung der Abschreibungsbemessungsgrundlage für den Anbau setzten sie fälschlicherweise jedoch die Herstellungskosten einschließlich der in Rechnung gestellten Umsatzsteuer an. Im Folgejahr bemerkte der Steuerberater der Eheleute den Fehler und korrigierte die zu hoch ermittelten Herstellungskosten durch eine Sonderabschreibung in Höhe der irrtümlich aktivierten Vorsteuerbeträge.

Dies akzeptierte das zuständige Finanzamt nicht. Das Finanzgericht Baden-Württemberg bestätigte die Ansicht des Finanzamts: Wird bei einem Einnahmeüberschussrechner die an sich umsatzsteuerrechtlich abziehbare Vorsteuer fälschlicherweise den Herstellungskosten zugerechnet, darf eine Korrektur in Form einer Sonder- oder Teilwertabschreibung nicht vorgenommen werden. Im Urteilsfall war der Einkommensteuerbescheid des Jahrs, in dem der Fehler gemacht wurde, leider bestandskräftig. Deshalb konnte auch dieses Jahr nicht berichtigt werden.

Der Bundesfinanzhof muss nun abschließend entscheiden.

Fahrtenbuch muss zeitnah, fortlaufend und vollständig geführt werden

Wer einen Firmenwagen auch für private Fahrten nutzt, muss die Privatnutzung monatlich pauschal mit 1 % des Bruttolistenpreises zum Zeitpunkt der Erstanschaffung bewerten. Alternativ können auch die auf die Privatnutzung entfallenden anteiligen Kosten angesetzt werden, wenn das Verhältnis der betrieblichen oder beruflichen Fahrten zur Privatnutzung durch ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch nachgewiesen wird. Der Bundesfinanzhof hat nun entschieden, welchen Anforderungen ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch genügen muss.

Das Fahrtenbuch muss zeitnah und in geschlossener Form geführt werden und die zu erfassenden Fahrten einschließlich des an ihrem Ende erreichten Gesamtkilometerstands müssen vollständig und in ihrem fortlaufenden Zusammenhang wiedergegeben sein.

Diese Definition leitete das Gericht aus dem Wortlaut „Fahrten-Buch“ ab. Ein „Fahrten-Buch“ müsse über die mit einem Fahrzeug unternommenen Fahrten Rechenschaft ablegen. Da die Aufzeichnungen eine „buch“-förmige äußere Gestalt aufweisen sollen, verlange der allgemeine Sprachgebrauch, dass die erforderlichen Angaben in einer gebundenen oder jedenfalls in einer in sich geschlossenen Form festgehalten werden müssen, die nachträgliche Veränderungen ausschließt oder deutlich erkennen lässt. Lose Notizzettel könnten daher schon begrifflich kein Fahrtenbuch sein. Die erfassten Daten müssten untereinander „ordnungsgemäß“ in der Buchform verbunden werden. Deshalb müsse das Fahrtenbuch die Fahrten geordnet und in ihrem fortlaufenden zeitlichen Zusammenhang wiedergeben. Außerdem müssen die Aufzeichnungen ordentlich sein und damit im Wesentlichen eine übersichtliche äußere Form aufweisen. Weil eine unzutreffende Zuordnung einzelner Privatfahrten zum beruflichen Nutzungsanteil oder die gänzliche Nichtberücksichtigung im Fahrtenbuch möglichst auszuschließen ist, muss ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch nicht nur fortlaufend, sondern vor allem auch zeitnah geführt werden. Zeitnah ist die Erfassung, wenn sie im Anschluss an die betreffenden Fahrten vorgenommen wird.

Computerdatei als Fahrtenbuch: Nachträgliche Veränderungen müssen ausgeschlossen oder dokumentiert sein

Ein Fahrtenbuch muss zeitnah und in geschlossener Form geführt werden und die zu erfassenden Fahrten einschließlich des an ihrem Ende erreichten Gesamtkilometerstands müssen vollständig und in ihrem fortlaufenden Zusammenhang wiedergegeben sein.

Diese Anforderungen erfüllt ein mit Hilfe eines Computerprogramms geführtes Fahrtenbuch nach Ansicht des Bundesfinanzhofs nur, wenn nachträgliche Veränderungen an den Aufzeichnungen ausgeschlossen sind oder vom Programm dokumentiert werden. In dem vom Gericht entschiedenen Fall war das Fahrtenbuch als Microsoft Excel-Tabelle geführt worden. Das Programm ermöglicht, den bereits eingegebenen Datenbestand später zu verändern, ohne dass die Reichweite dieser Änderungen in der Datei selbst dokumentiert und bei gewöhnlicher

Einsichtnahme in die Datei offengelegt wird. Das gilt auch, wenn die einzelnen Eintragungen in der Computerdatei unmittelbar im Anschluss an die jeweilige Fahrt vorgenommen worden sein sollten.

Eine solche Aufzeichnungsmethode sei somit nicht geeignet, den fortlaufenden und lückenlosen Charakter der Angaben und ihre zeitnahe Erfassung mit hinreichender Zuverlässigkeit zu belegen. Der auf diese Weise erzeugte Datenbestand ist kein in sich geschlossenes Verzeichnis und damit auch kein Fahrtenbuch. Wegen der jederzeitigen Änderbarkeit ist auch der Ausdruck einer solchen Datei nicht zum Nachweis der Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben ausreichend.

Gewerblicher Grundstückshandel: Nachhaltigkeit auch bei Unterschreiten der „Drei-Objekt-Grenze“

Die so genannte Drei-Objekt-Grenze ist nur ein Kriterium für die Beurteilung, ob die Voraussetzungen für einen gewerblichen Grundstückshandel vorliegen. Kann eine bereits beim Erwerb vorhandene Veräußerungsabsicht nachgewiesen werden, führt auch die Veräußerung nur einer Immobilie zur Gewerblichkeit.

Der Bundesfinanzhof hatte über den Fall einer Gesellschaft zu befinden, die eine Einkaufspassage errichtete und später veräußerte. Anhand des festgestellten Geschehensablaufs ist das Gericht davon ausgegangen, dass bereits beim Erwerb der Immobilie die Veräußerungsabsicht bestanden hatte.

Damit war der Tatbestand der Gewerblichkeit erfüllt.

Grundstücksveräußerung im Zusammenhang mit einer Betriebsaufgabe und späterer Kaufpreisminderung

Wird ein Grundstück im sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit einer Betriebsaufgabe veräußert und der Kaufpreis zu einem späteren Zeitpunkt gemindert, so ist nur der tatsächlich erzielte Veräußerungserlös als Aufgabegewinn zu erfassen.

Das Besondere an dem vom Bundesfinanzhof entschiedenen Fall war die Tatsache, dass zwischen Aufgabe des Betriebs und Aufhebung des ursprünglichen Kaufvertrags für das Betriebsgrundstück und dessen Weiterveräußerung mehr als 10 Jahre lagen. Dies wurde als Ereignis mit Rückwirkung für die Vergangenheit gewertet, so dass die ursprüngliche Steuerfestsetzung nachträglich geändert werden konnte.

Häusliches Arbeitszimmer: Begrenzter Abzug auch bei Wechsel des Arbeitszimmers innerhalb eines Veranlagungszeitraums

Liegen die Voraussetzungen für einen beschränkten Abzug der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer vor, kann nur der Höchstbetrag von 1.250 € abgezogen werden. Dies gilt auch dann, wenn im gleichen Veranlagungszeitraum das Arbeitszimmer gewechselt und ein anderer Raum für eine künftige Nutzung als Arbeitszimmer hergerichtet wird.

In dem dieser Entscheidung des Bundesfinanzhofs zu Grunde liegenden Fall hatte eine Lehrerin nach Umzug in ein neues Haus den Abzug von zusätzlichen Renovierungsarbeiten am Arbeitszimmer in dem erworbenen Objekt geltend gemacht. Der Bundesfinanzhof ist dem nicht gefolgt und macht in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich, dass die betragsmäßige Abzugsbeschränkung auch beim Wechsel eines Arbeitszimmers innerhalb eines Veranlagungszeitraums uneingeschränkt gilt.

Kein generelles Abzugsverbot für Steuerberatungskosten

Seit dem 1.1.2006 ist der Abzug von Steuerberatungskosten als Sonderausgaben entfallen.

Davon sind folgende Steuerberatungskosten betroffen, die nach dem 31.12.2005 bezahlt werden:

- Für die Erstellung des Mantelbogens der Einkommensteuererklärung inklusive der Anlage „Kind“,
- für die Feststellungserklärung,
- für die Erbschaft- und Schenkungsteuererklärung und
- für Rechtsbehelfe, die die vorgenannten Positionen betreffen.

Von dieser Vorschrift nicht betroffen sind die Steuerberatungskosten, die für die Anlagen zur Einkommensteuererklärung gezahlt werden, weil diese Kosten mit der Ermittlung der Einkünfte zusammenhängen:

- Anlage N (Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit)
 - Anlagen „KAP“ und „AUS“ (Einkünfte aus Kapitalvermögen)
 - Anlagen „R“ und „SO“ (Einkünfte aus Renten bzw. Spekulationsgeschäften)
- sowie die Kosten für Rechtsbehelfe etc., die mit einzelnen Einkunftsarten zusammenhängen.

Ein generelles Abzugsverbot für Steuerberatungskosten ist demnach nicht gegeben.

Keine Steuerpflicht von Zinsen aus ausländischen Lebensversicherungen

Leistungen aus Lebensversicherungen waren bis zum 31.12.2004 unter bestimmten Voraussetzungen von der Steuerpflicht ausgenommen. Dies galt nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs auch für Leistungen von

ausländischen Lebensversicherungsgesellschaften. Entscheidend für die Steuerbefreiung war die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen bezüglich der Abwicklung des Lebensversicherungsvertrags und nicht, ob es sich um eine in- oder ausländische Lebensversicherungsgesellschaft handelte.

Für seit dem 1.1.2005 abgeschlossene Versicherungsverträge gilt, dass die entsprechenden Leistungen nur noch z. B. zur Hälfte steuerbefreit sind, wenn der Empfänger die Versicherungsleistung nach Vollendung seines 60. Lebensjahrs erhält.

Lohnsteuerpauschalierung für Aushilfskräfte in der Land- und Forstwirtschaft

Bei land- und forstwirtschaftlichen Aushilfskräften kann unter bestimmten Voraussetzungen die Lohnsteuer mit einem Pauschsteuersatz von 5 % des Arbeitslohns ermittelt werden. Dies gilt nicht für land- und forstwirtschaftliche Fachkräfte oder wenn die Aushilfstätigkeit im Zusammenhang mit ganzjährig anfallenden Arbeiten ausgeübt wird. Die Abgrenzung ist oftmals schwierig, das zeigen zwei Entscheidungen des Bundesfinanzhofs.

So ist ein Traktorführer nach Ansicht des Gerichts nicht als Aushilfskraft zu beurteilen, auch wenn er Arbeiten erledigt, die nicht ganzjährig anfallen, die ihrer Art nach jedoch als nicht saisonbedingte Arbeiten gelten (hier: Reinigen von Güllekanälen). Aushilfskräfte, die Ausmistarbeiten im Zusammenhang mit dem Almauf- oder -Abtrieb erledigen, gehören dagegen zu dem Personenkreis, für den die Lohnsteuer pauschal berechnet werden kann.

Rückstellung wegen Altersteilzeit nach dem Blockmodell: Bildung der Rückstellung

Gehen Arbeitnehmer Altersteilzeitverhältnisse auf Grund eines Blockmodells mit ihrem Arbeitgeber ein, arbeiten sie in der ersten Hälfte der Altersteilzeit in vollem Umfang weiter (Beschäftigungsphase). In der zweiten Hälfte sind die Arbeitnehmer von der Arbeit freigestellt (Freistellungsphase). Das Arbeitsentgelt setzt sich in der gesamten Altersteilzeit in der Regel aus einem Grundbetrag und aus Aufstockungszahlungen zusammen. Die Bundesanstalt für Arbeit kann die Aufstockungszahlungen unter bestimmten Bedingungen ganz oder teilweise erstatten.

Die Finanzverwaltung ließ in der Beschäftigungsphase bisher nur die Bildung einer Rückstellung für den Erfüllungsrückstand zu und verneinte die Berücksichtigung der Aufstockungsbeträge.

Der Bundesfinanzhof lässt dagegen die Bildung einer ratierlich aufzubauenden Rückstellung bereits in der Beschäftigungsphase zu. Das gilt für Aufstockungsbeträge und andere Nebenleistungen. Da die Verpflichtungen des Arbeitgebers in der Altersteilzeit des Arbeitnehmers dem Grunde nach bestehen, deren Höhe aber noch ungewiss ist, muss eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten in der Bilanz ausgewiesen werden. Die Inanspruchnahme des Arbeitgebers ist bei der Altersteilzeit hinreichend wahrscheinlich, weil die zugesagten Leistungen in der Freistellungsphase üblicherweise in Anspruch genommen werden.

Das Gericht sieht die Behandlung der Verpflichtungen aus der Altersteilzeit im Einklang mit den Grundsätzen über die Bilanzierung schwebender Geschäfte. Schwebende Geschäfte sind beendet, wenn einer der Vertragspartner seine Leistungen in vollem Umfang erbracht hat. Mit dem Übergang von der Beschäftigungsphase in die Freistellungsphase hat der Arbeitnehmer seine vertragliche Arbeitspflicht erfüllt. Die Passivierungspflicht der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten besteht bereits vor der Beendigung des schwebenden Geschäfts. Das ergibt sich aus dem Gebot, alle am Abschlussstichtag entstandenen und vorhersehbare künftige Risiken zu berücksichtigen. Für Verpflichtungen, die nach der Beendigung des Schwebbezustands anfallen, sind ebenfalls vor der Beendigung Rückstellungen zu bilden.

Für Anwärter, die einen Antrag auf Altersteilzeit noch nicht gestellt haben, kann keine Rückstellung gebildet werden.

Rückstellung wegen Altersteilzeit nach dem Blockmodell: Bewertung der Rückstellung

Für die Bewertung der zu bildenden Rückstellung wegen Altersteilzeit nach dem Blockmodell ist nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs von handelsrechtlichen Vorschriften auszugehen. Danach ist grundsätzlich der erwartete Rückzahlungsbetrag anzusetzen. Dieser entspricht dem Erfüllungsbetrag und ergibt sich aus den voraussichtlich anfallenden Selbstkosten im Rahmen einer Vollkostenrechnung. Zu berücksichtigen sind die Kosten- und Wertverhältnisse am jeweiligen Bilanzstichtag. Kostensteigerungen bis zum Erfüllungszeitpunkt sind nicht in die Berechnung einzubeziehen. Eine Minderung auf Grund möglicher künftiger Erstattungsbeträge durch die Bundesanstalt für Arbeit kommt nicht in Betracht. Ein geringer pauschaler Abschlag auf Grund biometrischer Faktoren (z. B. Sterblichkeit) kann zu berücksichtigen sein.

Die Altersteilzeitvereinbarungen sehen in der Regel keine Verzinsung vor. Bis zum Jahr 1998 war daher handelsrechtlich und steuerlich keine Abzinsung vorzunehmen. Ab dem Jahr 1999 ist auf Grund der Änderung des Einkommensteuergesetzes wohl von einer steuerlichen Abzinsungspflicht auszugehen. Handelsrechtlich darf keine Abzinsung vorgenommen werden.

Schuldzinsenabzug: Ermittlung der Über- bzw. Unterentnahmen bei einer Personengesellschaft

Ob Schuldzinsen als Betriebsausgaben abzugsfähig sind, ist in einem zweistufigen Verfahren zu prüfen. Im ersten Schritt sind die betrieblich veranlassten Schuldzinsen von den Schuldzinsen, die privat veranlasst sind, zu trennen. Letztere können keine Betriebsausgaben sein. Die betrieblich veranlassten Schuldzinsen sind in einem zweiten

Schritt daraufhin zu überprüfen, ob sie in vollem Umfang oder nur beschränkt - unter Anwendung der Über- und Unterentnahmeregelung - den steuerlichen Gewinn mindern dürfen. Ausgangspunkt für den beschränkten Betriebsausgabenabzug ist, dass eine sog. Überentnahme vorliegt. Eine Überentnahme ergibt sich, wenn die Privatentnahmen des Wirtschaftsjahrs höher sind als die Summe aus Gewinn und Privateinlagen.

In einem Verfahren vor dem Finanzgericht Rheinland-Pfalz war zu klären, wie die Ermittlung der Über- oder Unterentnahmen bei einer Personengesellschaft vorzunehmen ist. Das Gericht entschied, dass eine gesellschaftsbezogene Ermittlung vorzunehmen ist. Als Gewinn ist der steuerliche Gesamtgewinn der Personengesellschaft unter Einbeziehung der Ergebnisse von Ergänzungs- und Sonderbilanzen maßgebend.

Das Finanzgericht entschied ferner, dass der sog. Sockelbetrag von 2.050 €, der in jedem Fall abzugsfähig ist, nur einmal bei der Personengesellschaft, nicht in einer der Zahl der Gesellschafter entsprechenden Anzahl anzusetzen ist.

Der Bundesfinanzhof muss sich nun mit dieser Problematik auseinandersetzen.

Steuerfreiheit für „technische Fachkräfte“ der ausländischen NATO-Truppen

„Technische Fachkräfte“ i. S. des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut sind in der Bundesrepublik Deutschland nicht unbeschränkt steuerpflichtig. Voraussetzung ist, dass sie sich ausschließlich in dieser Eigenschaft im Inland aufhalten. Es spielt dann keine Rolle, dass sie während der Zeit des inländischen Aufenthalts hier ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Entscheidend ist, dass sie nach Abschluss ihrer Tätigkeit in ihren Heimatstaat zurückkehren.

Dies ergibt sich aus einem Urteil des Bundesfinanzhofs.

Steuerliche Behandlung des Arbeitslosengelds II

Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Mutterschaftsgeld und einige weitere Leistungen sind von der Einkommensteuer befreit. Diese Einnahmen unterliegen allerdings dem so genannten Progressionsvorbehalt. Dies bedeutet, dass diese Einnahmen bei der Berechnung des Einkommensteuersolls mit berücksichtigt werden.

Dagegen ist der Bezug von Arbeitslosengeld II nicht nur einkommensteuerfrei, sondern unterliegt auch nicht dem Progressionsvorbehalt.

Verpflegungsmehraufwand bei vorübergehendem Einsatz an Bord eines Schiffs

Bei nur vorübergehendem Einsatz eines Marinesoldaten an Bord eines Schiffs kann nach Aussage des Bundesfinanzhofs unter bestimmten Voraussetzungen Verpflegungsmehraufwand geltend gemacht werden.

Das Gericht hatte festgestellt, dass Tätigkeitsmittelpunkt des Soldaten ein Stützpunkt an Land war. Die Tätigkeit auf dem Schiff war danach als Auswärtstätigkeit anzusehen mit der Folge, dass für die ersten drei Monate Verpflegungsmehraufwand geltend gemacht werden konnte.

Diese Auswärtstätigkeit endet regelmäßig dann, wenn das Schiff in den Heimathafen zurückkehrt. Läuft es später zu einer neuen Reise aus, besteht erneut die Möglichkeit zum Abzug von Verpflegungspauschalen.

Einheitliches Vertragswerk bei Erwerb eines noch zu bebauenden Grundstücks

Bei Erwerb eines unbebauten Grundstücks ist Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer grundsätzlich der Grundstückskaufpreis. Hat sich der Erwerber im Zeitpunkt des Grundstückskaufs jedoch bereits durch Abschluss eines Werkvertrags hinsichtlich der Bebauung des Grundstücks gebunden (sog. einheitliches Vertragswerk), werden die Gebäudeerrichtungskosten in die Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer einbezogen. Dies gilt im Regelfall auch dann, wenn Grundstücksveräußerer und Bauunternehmer verschiedene Personen sind.

Der Bundesfinanzhof hat unter Änderung seiner Rechtsprechung entschieden, dass ein sog. einheitliches Vertragswerk selbst dann vorliegt, wenn der Erwerber die Planung des Gebäudes maßgebend mit beeinflusst oder gar veranlasst hat. Die Bauplanung muss also nicht von der Veräußererseite ausgehen.

Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit des Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH sind in der Regel eine verdeckte Gewinnausschüttung

Einkommensteuerfrei sind Zuschläge, die für tatsächlich geleistete Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit neben dem Grundlohn gezahlt werden, soweit sie bestimmte Grenzen nicht überschreiten.

Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit, die an GmbH-Geschäftsführer gezahlt werden, sind grundsätzlich nicht von der Einkommensteuer befreit. Dies entschied das Finanzgericht Baden-Württemberg. Entsprechende Vergütungen, auch die für Überstunden, sind nach diesem Urteil regelmäßig eine verdeckte Gewinnausschüttung. Es spielt dabei keine Rolle, ob der Gesellschafter-Geschäftsführer beherrschender oder nicht beherrschender Gesellschafter ist.

Nur in Ausnahmefällen liegt bei der Zahlung von Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeitszuschlägen an den Gesellschafter-Geschäftsführer keine verdeckte Gewinnausschüttung vor. Es muss dann allerdings nachgewiesen werden können, dass für die Gewährung solcher Zuschläge ausschließlich betriebliche Gründe vorliegen. Es ist u. a.

zu prüfen, ob die Zuschläge und Vergütungen unter vergleichbaren Umständen auch und in gleicher Höhe einem Nichtgesellschafter gewährt worden wären. Dabei sind zunächst die Verhältnisse in der eigenen GmbH zu prüfen (interner Fremdvergleich). Ergeben sich dabei keine Anhaltspunkte, darf auf die Verhältnisse in Vergleichsbetrieben abgestellt werden (externer Fremdvergleich). Im Urteilsfall ging es um eine Gaststätten-GmbH.

Aufteilung von Sachzuwendungen an Arbeitnehmer anlässlich einer Betriebsveranstaltung mit auch eigenbetrieblichem Charakter

Sachzuwendungen an Arbeitnehmer anlässlich einer zweitägigen Reise sind aufzuteilen, wenn die Reise aus Gründen einer Betriebsveranstaltung und einer im eigenbetrieblichen Interesse liegenden Betriebsbesichtigung durchgeführt wird.

Mit dieser Begründung blieben nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs Aufwendungen eines Arbeitgebers für eine zweitägige Reise seiner Arbeitnehmer steuerfrei. Wegen der gemischten Veranlassung dieser Reise waren die dafür insgesamt entstandenen Kosten aufzuteilen. Dabei ergab sich, dass die auf die Betriebsveranstaltung entfallenen Kosten den für derartige Veranstaltungen maßgeblichen Rahmen nicht überschritten hatten. Außerdem stellten die Aufwendungen für die Betriebsbesichtigung keinen Arbeitslohn dar, sie waren im ganz überwiegenden eigenbetrieblichen Interesse angefallen.

Betriebsveranstaltung: Zuschuss des Arbeitgebers in Gemeinschaftskasse der Arbeitnehmer

Ein Arbeitgeber hatte einen Zuschuss von je 50 DM pro Arbeitnehmer in eine von den Arbeitnehmern unterhaltene Gemeinschaftskasse eingezahlt. Die Arbeitnehmer veranstalteten einen zweitägigen Betriebsausflug und bestritten sämtliche Ausgaben, die nicht aus der Gemeinschaftskasse finanziert wurden, aus der eigenen Tasche. Das Finanzamt unterwarf den Zuschuss des Arbeitgebers der Lohnsteuer.

Der Bundesfinanzhof entschied gegen die Verwaltung. Die Zuschüsse hatten die geltende Freigrenze von 200 DM (jetzt 110 €) nicht überschritten. Außerdem sind bei der Berechnung der Freigrenze nur die Aufwendungen des Arbeitgebers, nicht aber auch die der Arbeitnehmer einzubeziehen.

Im Übrigen hatte der Bundesfinanzhof bereits die Auffassung der Finanzverwaltung bestätigt, dass es nicht mehr auf die Dauer der Veranstaltung ankommt. Eine Betriebsveranstaltung kann sich also auch über zwei Tage mit Übernachtung hinziehen.

Zuwendung von mehr als zwei Betriebsveranstaltungen im Kalenderjahr

Der Bundesfinanzhof hatte vor kurzer Zeit entschieden, dass es nicht mehr auf die Dauer der Veranstaltung ankommt. Eine Betriebsveranstaltung kann sich also auch über zwei Tage mit Übernachtung hinziehen.

Richtet der Arbeitgeber allerdings mehr als zwei Veranstaltungen für dieselben Arbeitnehmer aus, dann sind die Zuwendungen ab der dritten Veranstaltung nach Ansicht des Bundesfinanzhofs als Arbeitslohn zu behandeln. Bei Durchführung von mehr als zwei Betriebsveranstaltungen liegen die den Arbeitnehmern zukommenden Vorteile nicht mehr im eigenbetrieblichen Interesse des Arbeitgebers.

Einziger Trost für die Beteiligten: Der Arbeitgeber kann die Zuwendungen mit einem Pauschsteuersatz von 25 % versteuern.

Mieterhöhungsverlangen wegen neuer Fenster

In einem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall ließ der Vermieter in das Gebäude neue Wärmeschutzfenster und eine Gas-Brennwert-Heizung einbauen und verlangte daraufhin eine erhöhte Miete. Gegen die Mieterhöhung wandte sich der Mieter. Die Parteien stritten darüber, ob es sich bei den durchgeführten Arbeiten um eine Modernisierung oder um eine vom Vermieter zu tragende Instandsetzung handelte.

Das Gericht billigte dem Vermieter keine Mieterhöhung zu. Ein Anspruch auf Mieterhöhung bestehe nur dann, wenn bauliche Maßnahmen durchgeführt werden, die den Gebrauchswert der Mietsache nachhaltig erhöhen, die allgemeinen Wohnverhältnisse auf Dauer verbessern oder nachhaltige Einsparungen von Energie und Wasser bewirken. Zudem müsse der Vermieter in seinem Mieterhöhungsverlangen schlagwortartig die Tatsachen darlegen, anhand derer überschlägig beurteilt werden kann, ob die vorgenommenen Baumaßnahmen eine nachhaltige Einsparung von Heizenergie bewirken. Ausreichend und erforderlich sei eine plausible Darlegung eines Energiespareffekts der durchgeführten Maßnahmen oder die Angabe der alten und neuen Wärmedurchgangskoeffizienten.

Vermieter verliert bei nicht fristgerecht abgerechneten Betriebskosten Anspruch auf Nachzahlung

Eine Betriebskostenabrechnung ist dem Mieter spätestens bis zum Ablauf des zwölften Monats nach Ende des Abrechnungszeitraums zuzuleiten. Nach Ablauf dieser Frist erlischt der Anspruch und der Vermieter kann eine Nachforderung von Betriebskosten nicht mehr verlangen. Zahlt der Mieter dennoch, kann dieser das Geleistete zurückverlangen. Der Ausschluss von Nachforderungen nach Fristablauf dient der Abrechnungssicherheit für den Mieter und soll Streit vermeiden. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofs gewährleistet diese Regelung eine

zeitnahe Abrechnung, damit der Mieter in einem überschaubaren zeitlichen Zusammenhang entweder über ein Guthaben verfügen kann oder Gewissheit erlangt, ob und in welcher Höhe er mit einer Nachforderung rechnen muss.

Selbstständige GmbH-Geschäftsführer doch nicht rentenversicherungspflichtig

Für große Verwirrung hat kürzlich ein Urteil des Bundessozialgerichts gesorgt, wonach beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH als so genannte arbeitnehmerähnliche Selbstständige rentenversicherungspflichtig sein können. Dies sei jedenfalls dann der Fall, wenn sie

- die GmbH auf Grund der Kapitalanteile oder wegen einer Sperrminorität beherrschen
- die Geschäfte nur einer GmbH führen und
- keine eigenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen.

Bisher hatten die Sozialversicherungsträger stets angenommen, dass Gesellschafter-Geschäftsführer rentenversicherungsfrei sind.

Davon ist das Bundessozialgericht in seinem Urteil abgerückt, indem es für die rentenversicherungsrechtliche Einordnung des weisungsfrei agierenden und deshalb selbstständigen Gesellschafter-Geschäftsführers allein auf dessen Verhältnis zu der GmbH abstellt, zu der er in einem Dienstverhältnis steht. Sei sie seine einzige Auftraggeberin, dann sei er - als in der Regel mitarbeiterloser Selbstständiger - rentenversicherungspflichtig, da er die Kriterien eines arbeitnehmerähnlichen Selbstständigen erfüllt. Darauf, ob die GmbH nur einen Auftraggeber hat oder wie viele Arbeitnehmer sie beschäftigt, kommt es nach Auffassung des Gerichts nicht an.

Die Deutsche Rentenversicherung hat inzwischen aber beschlossen, dem Urteil des Bundessozialgerichts über den entschiedenen Einzelfall hinaus nicht zu folgen. Ihrer Ansicht nach entspricht die Entscheidung nicht dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurde um eine gesetzliche Klarstellung im Sinne der bisherigen Praxis gebeten. Der Presse war zu entnehmen, dass eine entsprechende Gesetzesänderung bereits vorbereitet wird.

Ort der Lieferung bei Umsätzen einer auf einem Kreuzfahrtschiff betriebenen Boutique

Umsätze einer Boutique, die auf einem Kreuzfahrtschiff betrieben wird, unterliegen in Deutschland der Umsatzsteuer, wenn die Kreuzfahrt in Deutschland beginnt und dort oder in einem anderen EU-Mitgliedstaat endet. Umsätze, die während eines Zwischenaufenthalts des Schiffs in Häfen von Drittländern erfolgen, unterliegen jedoch nicht der deutschen Umsatzsteuer.

Der Bundesfinanzhof hat im Anschluss an den Europäischen Gerichtshof entschieden, dass ein Zwischenaufenthalt in einem Drittlandshafen dann vorliegt, wenn die Reisenden das Schiff, und sei es nur für kurze Zeit, verlassen können. Ob bei den Aufenthalten neue Passagiere zusteigen oder Reisende endgültig aussteigen können, ist ohne Bedeutung.

Umsatzsteuer bei Verkauf von "Duty-Free"-Waren im Transitbereich

Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs liegt bei der Lieferung von Waren in sog. "Duty-Free"-Läden im Transitbereich deutscher Flughäfen nur dann eine steuerfreie Ausfuhrlieferung vor, wenn der Unternehmer unter anderem nachweist, dass die Ware von einem ausländischen Abnehmer erworben wurde.

Ausländischer Abnehmer ist eine Person, deren Wohnort oder Sitz sich nicht in einem EU-Mitgliedstaat befindet. Um diesen sog. Abnehmernachweis zu führen, müssen auf dem Kassenzettel die Nummer des Grenzübergangspapiers, z. B. des Reisepasses, Name, Anschrift und Wohnort des Abnehmers vermerkt werden. Des Weiteren müssen der Zielort der Reise und die Flugnummer erfasst werden, um den sog. Ausfuhrnachweis zu führen.

Umsatzsteuerfreiheit von Glücksspielen auch bei Strohleuten

Glücksspiele jeder Art sind derzeit von der Umsatzsteuer befreit. Die Befreiung gilt auch, wenn die Glücksspiele unerlaubt betrieben werden. Dies hat der Bundesfinanzhof bekräftigt.

Die Steuerbefreiung gilt grundsätzlich, wenn die Umsätze dem Veranstalter zuzurechnen sind. Sie gilt aber auch dann, wenn der Veranstalter als „Strohmann“ für einen sog. „Hintermann“ tätig wird. Als Strohhmann bezeichnet man eine Person, die im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung handelt, ohne dies offenzulegen. Beim Strohhmannverhältnis gilt die Leistung als vom Hintermann an den Strohhmann und vom Strohhmann an den Abnehmer erbracht. Die Umsätze werden also zweimal erfasst, einmal beim Hintermann und einmal beim Strohhmann. Für die beim Hintermann erfassten Umsätze gelten die Vorschriften, die für die Umsätze des Strohhmanns gelten. Sind Letztere wie bei den Glücksspielen steuerfrei, gilt die Steuerbefreiung folglich auch für Erstere.

Mehrmalige Beschlussfassung einer Eigentumsgemeinschaft in einer Angelegenheit nur bedingt zulässig

In einem vom Oberlandesgericht Düsseldorf entschiedenen Fall hatte eine Wohnungseigentumsgemeinschaft einem Eigentümer einstimmig den Bau eines Wintergartens auf seinem Balkon genehmigt. Nach dessen Errichtung fasste die Gemeinschaft mehrheitlich einen neuen Beschluss und verlangte die Beseitigung des Wintergartens und die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands. Die übrigen Eigentümer begründeten diese neuerliche

Beschlussfassung mit der Möglichkeit künftiger Feuchtigkeitsschäden und daraus resultierender Kosten für die Gemeinschaft.

Nach Ansicht des Gerichts hat eine Wohnungseigentumsgemeinschaft zwar die Kompetenz, jederzeit einen Zweit- oder Abänderungsbeschluss zu fassen, durch den eine bereits beschlossene Angelegenheit neu geregelt wird. Die Gemeinschaft muss jedoch schutzwürdige Belange des begünstigten Eigentümers aus dem Erstbeschluss berücksichtigen. Schutzwürdige Belange sind allerdings nur dann verletzt, wenn ein Eigentümer durch den weiteren Beschluss einen rechtlichen Nachteil erleidet. Ein solcher Nachteil liegt aber nur dann vor, wenn von dem Wintergarten eine Gefahr für die Gemeinschaft ausgeht. Eine solche Gefahr für das Gemeinschaftseigentum sah das Gericht im entschiedenen Fall aber nicht. Die bloße Möglichkeit künftiger Schäden reicht nicht aus.

Haustürgeschäft: Widerrufsrecht bei objektiv bestehender Haustürsituation

In einem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall war ein Ehepaar durch den Hausbesuch eines Anlagevermittlers dazu bewegt worden, zu einem späteren Zeitpunkt vor einem Notar zwei Darlehensverträge zur Finanzierung des Erwerbs von Immobilienfondsanteilen zu unterschreiben.

Das Gericht nahm ein Widerrufsrecht der Eheleute an, weil die Tätigkeit des Vermittlers ursächlich für den Abschluss der Darlehensverträge war und objektiv eine Haustürsituation bestanden hatte. Entgegen seiner bisherigen Rechtsprechung stellte der Bundesgerichtshof dabei nicht mehr darauf ab, ob die Bank das Handeln des Anlagevermittlers kannte oder kennen musste.

Haustürgeschäft: Widerrufsrecht eines Sicherungsgebers

Verbraucher werden in so genannten Haustürsituationen durch Einräumung eines Widerrufsrechts vor der Gefahr geschützt, bei der Anbahnung eines Vertrags in einer ungewöhnlichen räumlichen Situation überrumpelt und zu einem unüberlegten Geschäftsabschluss veranlasst zu werden.

Eine solche Haustürsituation liegt z. B. vor, wenn sich der Verbraucher bei der Vertragsanbahnung an seinem Arbeitsplatz oder im Bereich einer Privatwohnung befindet.

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs besteht dieses Widerrufsrecht grundsätzlich auch dann, wenn es bei dem Vertrag um die Bestellung von Sicherungsrechten (z. B. Grundschuld, Pfandrecht, Bürgschaft) geht, mit denen ein gewerblicher Kredit gesichert werden soll. Nach Auffassung des Gerichts hängt das Widerrufsrecht des Sicherungsgebers nicht von der Verbrauchereigenschaft des persönlichen Schuldners oder einer auf diesen bezogenen Haustürsituation ab.

Kein „Reißverschlussverfahren“ beim Einfädeln auf die Autobahn

Das so genannte Reißverschlussverfahren schreibt vor, dass bei einer Fahrbahn mit mehreren Fahrstreifen, von denen einer endet oder aus sonstigen Gründen nicht durchgehend befahren werden kann, den am Weiterfahren gehinderten Fahrzeugen der Übergang auf den benachbarten Fahrstreifen in der Weise zu ermöglichen ist, dass sich diese unmittelbar vor dem Beginn der Verengung jeweils im Wechsel nach einem auf dem durchgehenden Fahrstreifen fahrenden Fahrzeug einordnen können.

Keine Anwendung findet das Reißverschlussverfahren allerdings auf dem Beschleunigungstreifen der Autobahn. Auf Autobahnen und Kraftfahrstraßen hat der Verkehr auf der durchgehenden Fahrbahn - wozu der Beschleunigungstreifen nicht gehört - Vorfahrt.

Dementsprechend wies das Oberlandesgericht Köln die Schadensersatzklage eines Autofahrers, der unter Missachtung seiner Wartepflicht auf die Autobahn aufgefahren war und dabei einen Zusammenstoß verursacht hatte, ab.

